Fremdenblatt
25./XII. 1917



# Finanzreform und Wirtschaftsleben.

Von Dr. Stephan v. Licht,
Mitglied des Abgeordnetenhauses.

Wieder ist von einem kleinen und von einem großen Finanzplan die Rede. Der erstere ist zum Teile, soweit es sich um die durch die kaiserlichen Verordnungen eingeführten Steuer- und Gebührenerhöhungen, Zuschläge zu den Personen- und Frachtiarifen und sonstige Finanzmaßnahmen handelt, bereits verwirklicht. Ein zweiter Teil, der die Erhöhung der Kriegszuschläge, die Kriegssteuer, die Erhöhung der Zucker-, Spiritus- und Weinsteuer betrifft, wird im Reichsrate verhandelt. Ein dritter Teil wird von der Finanzverwaltung vorbereitet. Hier handelt es sich um neuerliche Erhöhung verschiedener Gebühren, einer Umsatzsteuer nach deutschem Muster und eine gleichfalls dem deutschen Vorbilde nachgeahmte Kohlensteuer, für die das Einvernehmen mit Ungarn und auch im gewissen Maße mit dem Deutschen Reiche noch herbeizuführen ist, sowie um einige minderwesentliche Vorkehrungen. Der Gesamtertrag dieser steuer- und gebührenpflichtigen Maßnahmen reicht nicht hin, den Kriegsanleihedienst zu decken und wird somit dem Mehraufwande, der schon heute als eine dauernde Mehrbelastung der Staatsfinanzen sich darstellt, auch wenn die Artikel Spiritus und Bier wieder ertragsfähig werden, in keinem Maße gerecht.

An diesen kleinen Finanzplan soll sich in einiger Zeit die durchgreifende Reform der Staatsfinanzen, der große Finanzplan anschließen. Ob und was hier bereits vorbereitet ist, läßt sich in keiner Weise feststellen. Von der Vermögensabgabe ist allerdings bereits die Rede. Allein der Finanzminister lehnt vorläufig ab, während der Kriegsdauer diese durchgreifende Besitzsteuer aufzuerlegen. Die parlamentarische Enquete ist noch nicht einmal zur Aushändigung des im Finanzministerium bereits fertiggestellten Fragebogens gediehen. Ihre Durchführung ist unbedingt notwendig, um über diese überaus schwierige, nach einer einzigen Schablone nicht durchführbaren Abgabe Klarheit zu gewinnen. Es wird wohl noch ein längerer Zeitraum vergehen, ehe ein Gesetzentwurf fertiggestellt sein wird. Vorbilder gibt es noch nicht, die ungarische Vermögenssteuer trägt diesen Namen wohl nur mit Unrecht, die preußische ist nur eine Ergänzungssteuer zur Einkommensteuer und nur insoferne von Bedeutung, als sie im eine mit der seinerzeitigen Wehrabgabe den Einblick in Aufbau und Veranlagung erleichtert. Bei uns fehlt auch diese Voraussetzung vollständig. Auch sei nicht übersehen, daß die Finanzverwaltung gegenwärtig mit einem derartig eingeschränkten Personenstande arbeitet, daß sie auf allen Gebieten notgedrungen rückständig ist.

Allein mit der Vermögensabgabe läßt sich nur eine Verminderung der Kriegsanleiheschuld des Staates und dadurch mittelbar seiner Zinsenlast erreichen. Zu einer durchgreifenden Finanzreform wird man sich entschließen müssen, die nicht mehr mit einer Flickarbeit auf dem Gebiete der Steuern und Gebühren sich begnügen darf, sondern dem Staate neue und ausgiebige Einnahmsquellen erschließen muß. Entscheidende Fragen des Wirtschaftslebens werden hier zur Lösung gelangen.

Immer mehr Anhänger gewinnt der Gedanke, daß es notwendig ist, den Staat zu einer selbstbewirtschaftenden Einrichtung auszugestalten, und die Zahl der Staatsbetriebe wie wir sie bereits vor allem in den Staatsbahnen, im staatlichen Bergbau, Tabak- und Salzmonopol haben, zu erweitern und zu vergrößern. Den Einwänden, daß der Staat seine Fähigkeit, selbst zu wirtschaften, nur in geringem Maße bewiesen habe und mit kaufmännisch geleiteten Unternehmungen, da er teuer, schwerfällig und fiskalisch arbeitet, den Wettbewerb nicht aufnehmen könne, begegnet man vor allem durch den Hinweis darauf, daß die Staatsverwaltung gerade während des Krieges auch auf wirtschaftlichem Gebiete manchen bisher vermißten Befähigungsnachweis erbracht habe, daß sie sich mit kaufmännischem Geiste erfüllen und für den Tüchtigen Platz, rasches Fortkommen und reichlich lohnende Erwerbsgelegenheit schaffen könne, daß auch die Großbetriebe sich immer mehr bureaukratisieren und daß es nicht angehe, die Ausbeutung für den Massenbedarf der Bevölkerung in Betracht kommenden Güterherstellungen Privatmonopolen zu überlassen, wie sie vermöge der unleugbaren Entwicklung der letzten Zeiten immer mehr zur Geltung gelangt sind. Wohl werden hier gerechte Bedenken laut, daß, wie das Beispiel der staatlichen Tabakregie lehrt, dem Staate überlassenen Handels- oder Produktionsbetriebe nur zu leicht fiskalisch ausgenützt und daß gerade dadurch den Massen der Bevölkerung Belastungen aufgebürdet werden könnten, die weit über das Maß tiefgreifender indirekter Besteuerung hinausgehen. Vor allem aber gewinnt der Gedanke immer mehr Boden, daß der Bergbaubetrieb, der dem alten staatlichen Bergregal entwachsen ist, wieder dem Staate zurückzugeben und daß vor allem Kohle und Naphtha der Privatwirtschaft zu entziehen und zu staatlichen Einnahmsquellen zu gestalten seien.

Wir werden in Oesterreich drei bis vier Milliarden neuer Staatseinnahmen je nach der weiteren Kriegsdauer brauchen, um den Schuldendienst zu bestreiten, die Versorgungsansprüche der Kriegsgeschädigten befriedigen, den wirtschaftlichen Neuaufbau bewirken und den kulturellen Aufstieg, den wir aufs dringendste erhoffen, vollziehen zu können. Ohne eine bedeutende Erweiterung der staatlichen Produktions- und Vermittlungstätigkeit wird dies nicht möglich sein. Der freie Verkehr wird wichtige Gebiete dem Staate einräumen oder den Staat in weit umfassenderem Maße, als es bisher durch die staatlichen Abgaben geschieht, als Teilnehmer seines Ertrages aufnehmen müssen, als welcher er auch viel weitergehende Rechte der Aufsicht und Mitarbeit als die bisher wohl nur auf dem Papier stehenden für sich beanspruchen wird. Die Stellung des Individuums zum Staate ist während des Krieges und durch den Krieg eine ganz andere geworden. Die Einschränkungen der wirtschaftlichen und persönlichen Freiheit, die notwendig werden eintreten müssen, können nur erträglich sein, wenn der große Gedanke des Volksstaates, der die Mitwirkung der Staatsbürger an der Bildung des Staatswillens und seiner Durchführung in der Staatsverwaltung bedeutet, sich im Sinne jener Entwicklung vollzieht, die sich in den Mittelstaaten schon vor dem Kriege den Weg zu bahnen begann, zu einer auch die breiten Massen zur Bewältigung dieser Aufgaben heranziehenden Selbstverwaltung.

Ohne die freie wirtschaftliche Betätigung wird aber auch der sozial organisierte Volksstaat nicht arbeiten können. Ungeheure Aufgaben zeigt die Zukunft, die der schaffenden Kraft des Unternehmers und ungeheuren Kapitalsaufgebotes bedürfen. Was ist allein auf dem Gebiete der Nutzbarmachung der Wasserkräfte zu leisten? Hier rechnet die Staatsverwaltung mit Recht mit dem Wagemute des Großkapitals und des Großunternehmers, da es ganz ausgeschlossen ist, mit kleinen Mitteln und mit rückständigen Betriebsformeln hier etwas zu leisten.

Endlich hört mit dem Kriege auch die isolierte Stellung des Staates und seines Wirtschaftslebens auf. Der Abbau der Preise, von dem die Gesundung der Staats- und Volkswirtschaft abhängt, ist nur möglich, wenn der Wechselverkehr der großen Wirtschaftsstaaten wieder beginnt und wenn vor allem unser Donaureich und das uns eng verbündete Deutsche Reich auch auf wirtschaftlichem Gebiete zum möglichst engen Zusammenschlusse gelangen und jene Staaten sich ihnen zu gleichem Ziele anfügen, die man als zum Bereiche des engeren Mitteleuropa gehörend auffaßt. Gelangt doch auch in greifbare Nähe der Hoffnungsgedanke, daß zwischen diesem Mitteleuropa und dem großen russischen Reiche, wie immer es sich staatlich organisieren möge, ein möglichst enger wirtschaftlicher Verkehr, der sich so mannigfaltig und glücklich ergänzen könnte, entfalten wird.

Soll aber der freien Unternehmung Licht und Luft gegönnt sein, soll die Industrie, auf deren gesicherten Bestand und fortschreitende Entwicklung es in Oesterreich ebensosehr ankommt, als auf einen freien, kräftigen, zeitbewußten Bauernstand, dem seine schwere Arbeit auf heimatlicher Scholle ausreichenden, zum Wohlstande führenden Ertrag gibt, gedeihen und den großen Aufgaben der Zukunft gewachsen sein, so muß auch ein Ende gemacht werden mit jenen kleinlichen Auffassungen, die, gebannt von den Anschauungen einer schon vor dem Kriege überholten Wirtschaftsperiode ihr auf Schritt und Tritt entgegentreten. Eine gedeihliche Entwicklung unserer Gütererzeugung, eine lebendige und erfolgreiche Betätigung des legitimen Handels wird auch den Verbrauchern, die schließlich mit Ausnahme weniger, ganz bevorzugter Existenzen mit der Erzeugung und dem Vertriebe von Gütern in irgend einem Zusammenhange sind, zugute kommen, ihre Lage erleichtern und wieder, allerdings nach einer längeren Periode des Ueberganges, zunächst erträgliche und mit der Zeit wohl auch behagliche Verhältnisse schaffen.

In die Lösung dieser Fragen gliedert sich ein die Lösung eines der allerschwierigsten Probleme, das der Besserung der Lage des Mittelstandes und vor allem der Festbesoldeten des Staates und der Privatwirtschaft, denen der Krieg die schwersten Wunden geschlagen hat.

Aus einem Punkte allein, aus dem der Finanzreform, wie gründlich sie auch vorgenommen werden möge, läßt sich die schwere Erkrankung des Staates sowie seiner und des Volkes Wirtschaft nicht lösen. Wohl aber ist sie von der größten Wichtigkeit und bedarf daher der besonderen Vorbereitung, der gründlichen Vorberatung, der sachlichen und einsichtigen Wirkung aller Fachkreise und der Vertreter der breiten Massen der Bevölkerung, die vor übermäßigem Drucke zu bewahren, verbrauchsfähig und staatsfreudig zu erhalten, es vor allem ankommt.

Das schöne Weihnachtsfest hat uns die Friedenshoffnung beschert. Gelangt die Einsicht bei unseren Gegnern zum Siege, daß eine Fortdauer der menschen- und gütervernichtenden Katastrophe sinn- und zwecklos ist und werden sie in die oft gebotene Hand zur Verständigung endlich einschlagen, so ist die Bahn offen, um die Arbeit des Wiederaufbaues, die mindestens eine Generation belasten wird, zu beginnen. Die Zuversicht, die uns bisher aufrecht erhalten hat und zu ungeheuren Leistungen, denen auch der Erfolg blühte, vermochte, wird uns weiter geleiten und Mut und Kraft zur Lösung der Aufgabe geben, deren Maß und Ziel wir schon heute wenigstens ungefähr zu erkennen vermögen.